



Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus MAX 2010 – 2015

Auftrag	Ziele	Massnahmen
Gesamtbevölkerung sensibilisieren, politische Akteure ermutigen	Rechtsextremismus ist kein Randphänomen, sondern in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebettet. Viele Rechtsextreme glauben, ihre Haltung sei in der Gesellschaft breit akzeptiert. Dem soll entgegen gewirkt werden.	Politische Akteure und andere öffentliche Personen werden ermutigt, bei rechtsextremen Vorfällen öffentlich für eine offene Gesellschaft, für Toleranz und Respekt und gegen rechte Ideologien einzutreten. Die Öffentlichkeit soll erkennen, dass Rechtsextremismus den gesellschaftlichen Werten in Liechtenstein widerspricht.
Fachpersonen weiterbilden und vernetzen	Der Umgang mit rechter Gewalt erfordert von Fachpersonen Erfahrung und Kenntnisse über die Szene wie auch über die Integrationsmassnahmen von Ausländerinnen und Ausländern. Diese Expertise soll aufgebaut bzw. verbessert werden.	Es werden Fachpersonen (z.B. Soziantätige, Pädagogen, Richter und Staatsanwälte, Polizeibeamte und privates Sicherheitspersonal sowie zuständige Gemeindebehörden) gezielt im Umgang mit rechtsextremen Personen geschult.
Fach- und Bezugspersonen beraten	Personen im Umfeld von Rechtsextremismus sind oft hilflos. Sie sollen eine niederschwellige und wirksame Beratung erhalten.	Im Juni 2010 wurde eine interdisziplinäre Fachgruppe gegen Rechtsextremismus (FGR) errichtet. Sie unterstützt und berät Personen im Umfeld von Rechtsextremismus. Mit einem niederschweligen Beratungsangebot werden Familien, Freunde, aber auch Fachleute aus dem psychosozialen Bereich, im Umgang mit dem Phänomen individuell beraten.
Täter verfolgen, Ausstiegswillige unterstützen	Repression und Rehabilitation sollen Hand in Hand gehen: Straffällige rechtsextreme Personen sollen konsequent verfolgt, spezifisch betreut und wenn möglich rehabilitiert werden.	Die straffälligen Personen werden über die gesellschaftlichen Konsequenzen ihres Handelns aufgeklärt. Ihnen werden sozialpädagogische und resozialisierende Angebote zur Verfügung gestellt, damit die Justiz in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziale gezielt mit diesen Tätern arbeiten kann (z.B. durch ein Anti-Aggressionstraining).
Situation dokumentieren und analysieren, rechte Tendenzen frühzeitig erkennen	Mit einer fortlaufenden Dokumentation und Analyse der Situation soll die Einschätzung der Situation, die Früherkennung neuer Tendenzen und die Einleitung von Gegenmassnahmen ermöglicht werden.	Auf der Basis einer Leistungsvereinbarung mit der Regierung dokumentiert das Liechtenstein-Institut alle Vorfälle oder Ereignisse im Zusammenhang mit Rechtsextremismus oder dessen Bekämpfung. Dazu werden öffentliche Quellen ausgewertet und Informationen von zuständigen Behörden und gesammelt. Das Institut berichtet der Gewaltschutzkommission jährlich über die Entwicklungen und ermöglicht ihr dadurch die Früherkennung von rechtsextremen Tendenzen.

Der MAX ist eine Initiative der liechtensteinischen Regierung. Er basiert auf den Resultaten der Studie „Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein“, die im Auftrag der Regierung von der Fachhochschule Nordwestschweiz in den Jahren 2008/2009 durchgeführt wurde. Die Gewaltschutzkommission ist von der Regierung mit der Umsetzung des MAX beauftragt. Die Studie „Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein“ sowie weitere Informationen zum Thema Rechtsextremismus und zur Umsetzung des Massnahmenkatalogs finden sie unter: www.respect-bitte.li